Horst Kahrs
IfG/RLS

19. Mai 2020

Arbeitsmaterial 4/2020
Horst.Kahrs@rosalux.org

Politische Stimmungen und Einstellungen in der Pandemie-Krise

Ende Februar bis Mitte Mai 2020[1]

Wahrnehmung von Gefahr und Schutz bzw. staatlichen Maßnahmen 1
Sorge um die (eigene) Gesundheit 1
Bewertung der staatlichen Schutzmaßnahmen 2
Krisenmanagement des Staates / von Bund und Ländern: Lockerungen 2
Pandemie und Einschätzungen zur allgemeinen und eigenen wirtschaftlichen Lage 4
Pandemie-Krisenmanagement und Parteipräferenzen 6
Pandemie-Krisenmanagement und „Freiheitsrechte“ 7
Pandemie-Management und Schulen/Kitas 9
Pandemie und andere „Bedrohungen der Menschen“ 11
Kurze Bewertung 12

Wahrnehmung von Gefahr und Schutz bzw. staatlichen Maßnahmen

Sorge um die (eigene) Gesundheit

Im *ZDF-Politbarometer der Forschungsgruppe* antworteten Anfang Februar auf die Frage: „Halten Sie Ihre Gesundheit für gefährdet?“ 10% der Befragten mit „Ja“ und 90% mit „Nein“. Anfang März lag das Verhältnis bei 20% zu 78%, Ende März antworteten dann 52% mit „Ja“ und 46% mit „Nein“. Anfang und Ende April antworteten jeweils 45%-47% mit „Ja“ und 52%-53% mit „Nein“. Ende März bekannten 16% die „Angst schwer zu erkranken“, 81% teilten diese Befürchtung nicht. Mitte Mai (*Politbarometer* vom 15. 5.) hielten 45% der Befragten ihre „Gesundheit durch das Coronavirus für gefährdet“, 54% antworteten mit „Nein“. An der Einschätzung der Gefahr für die eigene Gesundheit hat sich über die letzten acht Wochen demnach kaum etwas geändert. Repräsentativität unterstellt, sieht knapp jede zweite Person eine Gefahr für die eigene Gesundheit.

Infratest dimap ermittelte im *ARD-DeutschlandTrend* für Anfang Februar ähnliche Ergebnisse wie die Forschungsgruppe Wahlen. Die „Sorge, dass Sie selbst oder Mitglieder Ihrer Familien sich mit dem neuen Corona-Virus anstecken“, bewerten 3% als „sehr groß“, 7% als „groß“, 31% als „weniger groß“

1 Quellen sind hauptsächlich der ARD-DeutschlandTrend von Infratest dimap und das ZDF-Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen von Februar bis 15. Mai. Vereinzelt wird auf andere Erhebungen zurückgegriffen. Dieser Text knüpft an meine „Mutmaßungen über die Zeit mit und nach »Corona« vom 25. März 2020 (auf dem RLS-Blog „Mehring1“) und das Arbeitsmaterial 3/2020 „Sinus-Milieus und Corona-Krise“ vom 15. April 2020.

und 58% als „klein". Anfang bekundeten nun 6% „sehr große" und 17% „große" Sorgen vor Ansteckung, nur noch 39% machten sich „kleine" Sorgen. Bis zur zweiten Märzhälfte wuchs die Zahl der Befragten mit „sehr großer" Sorge auf 18%; große Sorgen machten sich nun 37% und nur noch 14% machten sich „kleine" Sorgen, wobei es zwischen den Altersgruppen keine bemerkenswerten Unterschiede gab. Im DeutschlandTrend von Anfang April hatte die Sorge vor eigener Ansteckung oder der von Familienmitgliedern wieder leicht abgenommen: „sehr groß" war die Sorge noch bei 17%, „groß" bei 34%. Zugenommen hatte der Anteil derjenigen, die sich „weniger große" Sorgen machte, während der Anteil, dessen Sorgen „klein" war, mit 14% konstant blieb. Erstmals zeigte sich ein beachtlicher Unterschied in den Altersgruppen. Mit 45% fiel bei den 18-39jährigen der Anteil der Befragten mit „sehr großer/großer" Sorge um fast zehn Punkte niedriger aus als bei den 40-65jährigen und den über 65jährigen Befragten. Bis Anfang Mai hatte die Sorge vor Ansteckung laut *Infratest dimap* deutlich abgenommen. Nur noch 7% der Befragten machten sich „sehr große" und 18% „große" Sorgen; der Anteil derjenigen, deren Sorge „klein" ist, verdoppelte sich gegenüber April auf 28%.

Bewertung der staatlichen Schutzmaßnahmen

Laut *ZDF-Politbarometer* meinten Anfang Februar, zu Beginn der Pandemie in Deutschland, 80% der Bevölkerung, dass zum „Schutz gegen die Ausbreitung des Corona-Virus genug getan" wird, 14% fanden das nicht (weiß nicht: 6%). Anfang März fanden dann bereits 26%, dass nicht genug getan würde; 69% betrachteten die getroffenen Schutzmaßnahmen als ausreichend. Nach den Kontakteinschränkungen und Schließungen ab Mitte März sagten Ende März wieder 77%, es werde genug getan, 21% es werde nicht genug getan. Vier Wochen später, Ende April, lagen die Werte bei 81% und 17%. Da nicht gefragt wurde, ob zu viel getan wird, werden sich diejenigen Befragten, die dieser Auffassung waren, jeweils bei denen finden, nach deren Auffassung „genug getan" wurde. Anfang April glaubten nur 12% der Befragten, dass „die Corona-Pandemie bei uns ähnliche Ausmaße annehmen wird wie in Italien oder Spanien", 84% waren nicht dieser Auffassung.

Im *DeutschlandTrend* wurden vergleichbare Werte ermittelt. 82% der Befragten fanden Anfang Februar, dass „die Behörden und Gesundheitseinrichtungen die Situation alles in allem unter Kontrolle haben", 14% finden das nicht. Anfang März glaubten nur noch 66%, dass die Behörden die Situation unter Kontrolle hätten, 28% glaubten das nicht. Das Vertrauen in die Gesundheitseinrichtungen und Ärzte war zu diesem Zeitpunkt höher, nämlich bei 18% der Befragten „sehr groß" und bei 57% „groß". Anfang April waren die Werte nahezu konstant mit leicht positiver Tendenz: 22% hatten „sehr großes" und 55% „großes" Vertrauen, bei nur 5% war das Vertrauen „klein". Gleichzeitig machten sich aber 9% „sehr große" und 28% „große" Sorgen, dass „wegen des Corona-Ausbruchs nicht jeder Erkrankte bei uns angemessen medizinisch versorgt wird". Anfang Mai hatte diese Sorge erheblich abgenommen: Nur noch 21% statt 37% machten sich „sehr große" oder „große" Sorgen darüber, aber 35% (+22%) nur „kleine" Sorgen.

Krisenmanagement des Staates / von Bund und Ländern: Zeit der Lockerungen

Die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung stieg nach den erfolgreichen Versuchen der Kanzlerin, einen Konsens mit den Ministerpräsidenten herzustellen, deutlich an. Laut *ARD-DeutschlandTrend* waren nach der Ansprache der Kanzlerin am 18. März 18% der Befragten „sehr zufrieden" (+4% gegenüber Anfang März), 57% „zufrieden (+6%), 18% „weniger zufrieden" (-4%) und 5% (-6%) „gar nicht zufrieden". Die Kontaktbeschränkungen wurden von über 90% in allen Altersgruppen befürwortet. Bundesweit einheitliche Ausgangsbeschränkungen nach dem Vorbild der „strengeren" Länder würden von 69% der 18-39Jährigen und 79% der über 65jährigen begrüßt werden.

Anfang April fragte die *Forschungsgruppe Wahlen* für das *Politbarometer* nicht nur, ob „genug getan" werde, sondern auch, wie „die staatlichen Maßnahmen, die das Leben im Alltag stark einschränken" beurteilt werden. „Gerade richtig" fanden die Einschränkungen 74%, „müssten härter ausfallen" 16% und „übertrieben" 9%. Dass die „geltenden Ausgangsbeschränkungen angemessen" sind, urteilten 90%. Den gleichen Wert ermittelte der *DeutschlandTrend* Anfang April: Die Kontaktbeschränkungen wurden von über 90% befürwortet, 6% fanden sie „übertrieben" (zwei Wochen zuvor waren es nur 3%).

Die Befristung der Maßnahmen bis zum 20. April bzw. die Ankündigung von „Lockerungen" ab dem 20. April fanden Anfang April im Politbarometer nur 29% der Befragten richtig. Die Mehrheit von 55% sprach sich für spätere Lockerungen aus, nur 5% für frühere. Wenn es zu einer Aufhebung der Beschränkungen bei einzelnen Maßnahmen käme, hätten für 45% Schule und Kinderbetreuung oberste Priorität. 37% meinten, als erstes sollten Läden und Geschäfte wieder öffnen dürfen, eine Lockerung des allgemeinen Kontaktverbots stand für 14% an erster Stelle, Sport- und Freizeiteinrichtungen nannten hier nur 2%.

Die Haltung zu den konkreten Lockerungsmaßnahmen fiel differenzierter aus. Die Beschlüsse von Bund und Ländern zu „ersten Lockerungen" nach der Osterwoche fanden laut *Politbarometer* „so richtig" 55%; „zu viel gelockert" fanden 37% und „zu wenig gelockert" 11%. Die Anfang Mai verabredeten „weiteren Lockerungen" wurden etwas skeptischer beurteilt: „gerade richtig" sagten 47%, „zu früh" 38% und „besser schon früher" 11%. Mitte Mai beurteilten 15% der Befragten die „jetzt geltenden Corona-Maßnahmen" als „zu schwach", 66% fanden sie gerade „richtig" und 17% „übertrieben". Auch wenn die Fragestellung nur sehr ähnlich, nicht gleich lautete, deutet sich doch ein Anstieg der Zahl derjenigen an, die die Maßnahmen in dem getroffenen Umfang nicht für angemessen halten. Gleichzeitig finden es 53% „richtig", dass es in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen gibt, 45% nicht richtig. 70% betrachteten die „Verantwortlichkeit der Stadt- und Landkreise bei steigenden Infektionszahlen" als „gut", 27% finden das „nicht gut".

Auch laut *DeutschlandTrend* ging die Zufriedenheit mit dem Pandemie-Krisenmanagement der Bundesregierung gegenüber April zurück. „Sehr zufrieden" waren 20% (statt 22%), „zufrieden" 47% (statt 50%), „weniger zufrieden" 23% (statt 19%) und „gar nicht zufrieden" 9% (statt 8%).

Im Vergleich zu dem Raum, der in den Medien den Anti-Corona-Maßnahmen-Protesten eingeräumt wurde erscheint dieser Rückgang in der Zustimmung eher gering. Möglich ist auch, dass durch die Berichterstattung über die Protest-Demonstrationen die Wirkung der „sozialen Erwünschtheit" von Schutzmaßnahmen im Antwortverhalten abgenommen hat.

Eine deutlich höhere Unzufriedenheit ermittelte das Online-Umfrageportal Civey: Auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie aktuell mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung bezüglich des Coronavirus?" antworteten mit „sehr zufrieden": 25,6%, mit „eher zufrieden": 36,1%, „unentschieden": 9,0%, „eher unzufrieden": 12,6 und „sehr unzufrieden": 16,7% (Stand 13.5.2020, 9:00).]

Die in der ersten Mai-Hälfte gleichzeitig immer noch relativ verbreitete Skepsis gegenüber den Lockerungen („gehen zu weit", Maßnahmen sind „zu schwach") könnte auf die Kommunikationsstrategie der Bundesregierung („Das Erreichte nicht gefährden") zurückgehen, aber ebenso ein verbreitetes – aufgeklärtes - Bild bezüglich der Dauer der Pandemie repräsentieren: Auf die Frage „Wann werden wir die schlimmste Phase der Corona-Epidemie überwunden haben?" antworteten im *Politbarometer* Ende März 20% „in einigen Wochen", 62% „in einigen Monaten" und 15% „in einem Jahr oder länger". Mitte Mai glaubte eine knappe Mehrheit von 53%, „dass es in den nächste Monaten eine zweite Corona-Welle geben wird". Gleichzeitig hat parallel zu den Lockerungsmaßnahmen die Ansicht, dass „die Menschen sich jetzt in der Corona-Krise eher vernünftig" verhalten, leicht, von 76% im März auf 70% im Mai, abgenommen. Entsprechend stieg der Anteil derjenigen, die das Verhalten „eher unvernünftig" finden, von 22% auf 27% (*ZDF-Politbarometer*). Während ein Teil der Be-

völkerung die Corona-Maßnahmen als unangemessen ablehnt, könnte bei einem anderen Teil der psychische Druck (die nervöse Spannung) wachsen, dass durch zu frühe Lockerungen und „unvernünftiges" Verhalten die Ausbreitung des Virus sich wieder beschleunigen und damit die Gefahr für die eigenen Gesundheit wieder wachsen könnte.

Mit Blick auf die „kommenden Wochen" und den politischen Kurs in der „Pandemie-Krise" wollen laut *Infratest dimap* 41% „von der Politik in Deutschland, dass sie zur Eindämmung des Corona-Virus an den bisherigen Einschränkungen festhält". „Größere Lockerungen von Maßnahmen" wollen 54%.

Im Hintergrund dieser Einstellungen könnte Unsicherheit in der Einschätzung stehen. Denn es scheint doch recht große Skepsis zu herrschen, ob das Medienbild der Realität entspricht: „Inwiefern stimmen Sie der Aussage zu: »Die Corona-Pandemie wird von den Medien bewusst viel dramatischer dargestellt, als sie in Wirklichkeit ist.«?" „Stimme eindeutig zu": 22,3%, „stimme eher zu": 13%; unentschieden: 7,5%, „stimme eher nicht zu": 20,4%, „stimme eindeutig nicht zu": 36,8%. (Civey, 13.5., 9:00)

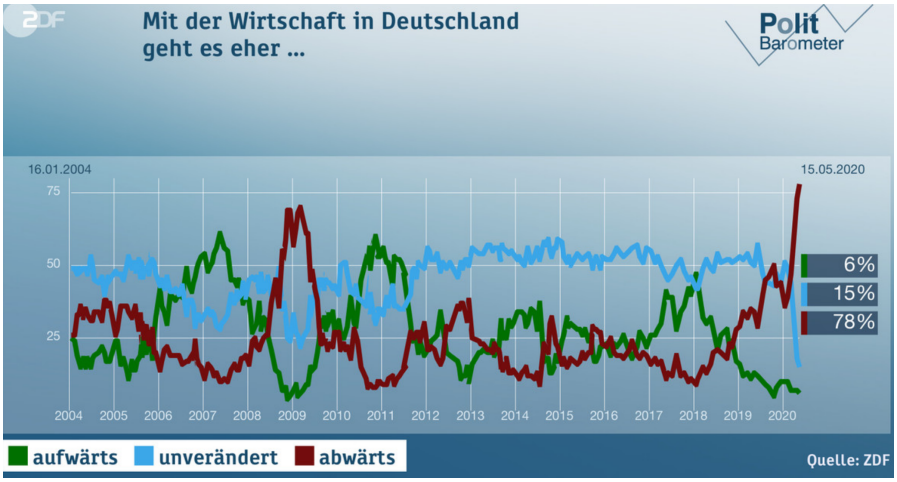
Die täglichen Online-Erhebungen von *Infratest dimap unter Wahlberechtigten mit Online-Zugang* – „CoronaCOMPASS" auf der Webseite www.infratest-dimap.de – ergeben im Zeitverlauf für Viertages-Durchschnitte dieses Bild:

- Die „Befürwortung von Kontaktverboten zur Eindämmung des Corona-Virus" lag von Mitte März bis Ostern bei 84%-87%, sank dann bis zu 20. April auf 72% und liegt seit Beginn der letzten April-Woche bis zum 10. Mai konstant bei 64%-66% der Befragten.
- „Die Maßnahmen der Behörden und Gesundheitseinrichtungen halte ich für nicht ausreichend" sagten Mitte März knapp 30%, kurz nach der Kanzlerinnen-Ansprache sogar 37%. Bis Ostern sank der Wert auf 14-15% und schwankt seitdem um die 14%-Marke, mit einem „Tief" um den 7./8. Mai (10%) und einem anschließenden „Hoch" mit 16%.
- „Die Maßnahmen der Behörden und Gesundheitseinrichtungen halte ich für angemessen" urteilten von Mitte März bis zur letzten Märzwoche knapp 60%, bis Ostern stieg der Wert dann auf 71%, um bis Ende April auf 57% zu sinken. Seitdem liegt er leicht höher, bei 59% (10.5.) bis 64% (7./8.5.)
- „Die Maßnahmen der Behörden und Gesundheitseinrichtungen halte ich für übertrieben" sagten anfänglich 20% der Befragten, Ende März und Anfang April weniger als 10%. Seitdem stieg dieser Wert wieder auf knapp 20% um de 23. April und auf 29% Ende April und liegt seitdem bei leicht über 25%.
- Relativ konstant ist der Anteil derjenigen, die sich „durch den Corona-Virus und seine Auswirkungen stark eingeschränkt" fühlt: Er pendelt seit Ende März um die 40%-Marke. Ähnlich pendelt der Anteil derjenigen, die sich „große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung" machen um die 50%-Marke.

Pandemie und Einschätzungen zur allgemeinen und eigenen wirtschaftlichen Lage

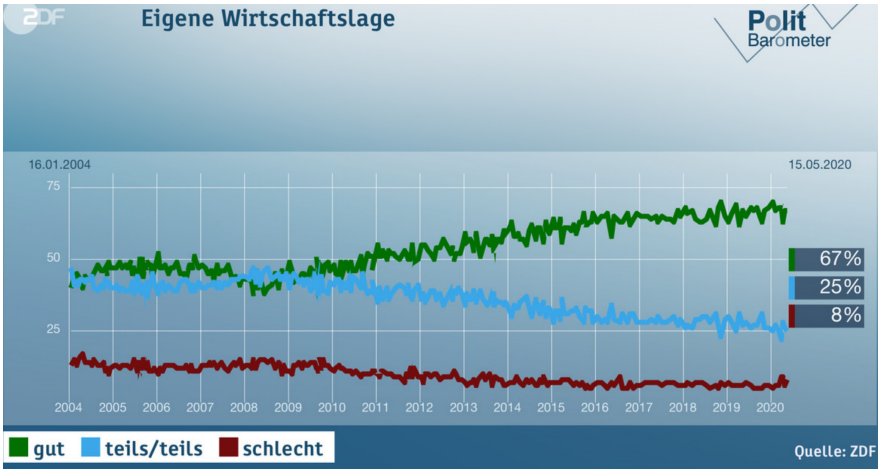
Die Einschätzungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage habe sich innerhalb kürzester Frist unter dem Eindruck der Pandemie und des „Lockdown" verkehrt. Anfang Mai bezeichneten 67% die Lage als „weniger gut/schlecht" und 32% als „sehr gut/gut". Noch im Februar war das Bild im *DeutschlandTrend* noch genau umgekehrt. Damit endete ein seit 2011 bestehendes deutlich positives Bild der wirtschaftlichen Lage. Die Veränderung lässt sich bisher so deuten, dass die wirtschaftliche Lage nicht aus in der Wirtschaft selbst gründenden Maßnahmen sich dramatisch verschlechtert hat, sondern durch einen „exogenen Schock", der wahlweise auf die Pandemie, das Corona-Virus oder aber auf die politischen Entscheidungen zum Schutz vor dem Virus zurückgeführt werden

kann. Tatsächlich ist das Bild, dass eine gut laufende Wirtschaft mutwillig und unnötig gegen die Wand gefahren wurde, bereits in der öffentlichen Debatte präsent.



Allerdings hatten sich bereits vor der Corona-Krise die Erwartungen gedämpft. Bereits im Verlauf des ganzen Jahres 2019 stieg der Anteil derjenigen, die meinten „Mit der Wirtschaft in Deutschland geht es eher abwärts", im Herbst übertrafen die Zukunfts-Pessimisten erstmals wieder seit der Finanzkrise die Zukunfts-Optimisten. Unter dem Eindruck der Pandemie-Krise veränderte sich der Anteil der Optimisten (6%) kaum mehr, aber der Anteil derjenigen, die keine oder kaum Änderungen erwarteten stürzte ab au 15%. Mit 78% erwarteten mehr Befragte als in der Krise 2008/2009, dass es „mit der Wirtschaft" in Zukunft abwärts gehen würde.

Die Sorgen um die persönliche wirtschaftliche Lage fallen deutlich schwächer aus. Ende März erwarteten 38% der Befragten des *ZDF-Politbarometer*, dass sich „meine finanzielle Lage" „gar nicht" verschlechtern werde, 36% vermuteten, dass es „weniger stark" der Fall sein werden, 18% „stark" und 6% „sehr stark". Mitte Mai sagten 68% der Befragten im *Politbarometer*, dass sich durch die Corona-Krise „meine wirtschaftliche Lage gar nicht verschlechtert" habe. 20% meinten, sie habe sich „nicht so stark" verschlechtert. „Sehr stark" verschlechtert hatte sich die Lage für 4% der Befragten, „stark" für 7%. Unverändert bezeichneten gut zwei Drittel der Befragten ihre eigene wirtschaftliche Lage als „gut" und nicht einmal ein Zehntel als „schlecht".



Die persönlichen wirtschaftliche Sorgen scheinen von Anfang April bis Anfang Mai sogar abgenommen zu haben, folgt man dem *DeutschlandTrend*. So machten 27% der Befragten „sehr große" Sorgen (+1%), dass „sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland verschlechtert", und weitere 49% große Sorgen. Dass sich die „persönliche wirtschaftliche Lage verschlechtert" erfüllt 10% mit „sehr großer Sorge" und 16% mit „großer" Sorge – 8% weniger als im April. Von den Erwerbstätigen machten sich 4% „sehr große" und 9% „große" Sorgen, den Arbeitsplatz zu verlieren – 5% weniger als im April. Die Sorgen, den Arbeitsplatz zu verlieren, sind stark sozial geschichtet. Unter Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis zu 1.500 Euro war diese Sorge „sehr groß/groß" bei 23%, unter Befragten mit einem Nettoeinkommen von 1.500 bis 3.500 Euro waren es 14% und bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von über 3.500 Euro noch 7%, während hier 92% „weniger große/gar keine" Sorgen vor Arbeitsplatzverlust zu Protokoll gaben.

Die Sorge vor einem „sozialen Abstieg," die weit mehr umfassen kann als die reine „wirtschaftliche Lage", ist bereits bei einem guten Drittel der Befragten (Civey, 13.5.2020, 9:00) angekommen. Auf die Frage:„Machen Sie sich Sorgen, dass Sie durch die Corona-Pandemie und deren wirtschaftliche Folgen einen sozialen Abstieg erleben könnten?" antworteten

- „Ja, auf jeden Fall": 14,3%; und „eher ja": 16,8%, zusammen also ein knappes Drittel
- unentschieden: 9,2%;
- „eher nein": 32,4%; und „nein, auf keinen Fall": 27,3%, zusammen also etwa 60%.

Pandemie-Krisenmanagement und Parteipräferenzen

Einschränkungen – Lockerungen?

„Wenn Sie an die nächsten Wochen denken: Wünschen Sie sich von der Politik in Deutschland, dass sie zur Eindämmung des Corona-Virus an den bisherigen Einschränkungen festhält oder dass sie größere Lockerungen von Maßnahmen beschließt?"

Auf diese Frage von *Infratest dimap im DeutschlandTrend* sprachen sich 41% für ein Festhalten an den Einschränkungen aus und 54% für größere Lockerungen in den kommenden Wochen. Mehrheitlich waren nur die Anhänger SPD mit 58% zu 40% daher, an den Einschränkungen festzuhalten. Die Grünen-Anhänger votierten mit 48% zu 48% unentschieden. Die Anhänger der Linkspartei votierten mit 47% zu 52% zwar mehrheitlich für größere Lockerungen, aber noch überdurchschnittlich für ein Festhalten an den Einschränkungen. Die CDU/CSU-Anhänger votieren mit 40% zu 56% mehrheitlich für weitere Lockerungen, ebenso die AfD-Anhänger mit 38% zu 62%. Am deutlichsten sprechen sich die FDP-Anhänger mit 22% zu 72% für weitere Lockerungen aus.

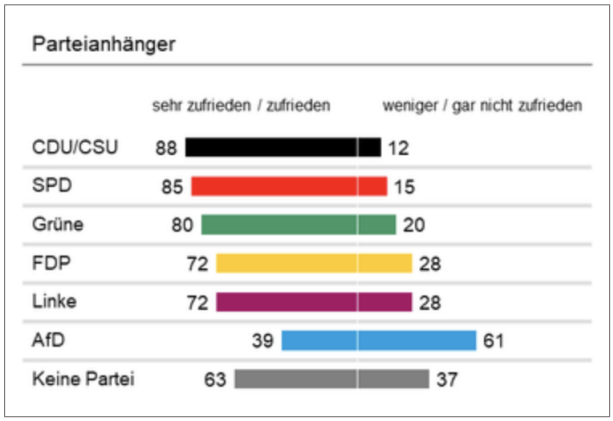
Der Wunsch nach weiteren Lockerungen ist nicht deckungsgleich mit einer Ablehnung der bisherigen Maßnahmen. Die „jetzt geltenden staatlichen Corona-Maßnahmen" beurteilten laut *Politbarometer* Mitte Mai nur 17% der Befragten als „übertrieben", darunter die Anhänger der SPD zu 7%, von CDU/CSU zu 9%, der Grünen zu 11%, der Linkspartei zu 15%, der FDP zu 16% und der AfD zu 59%. Auch die Anhänger keiner Partei hielten sie überdurchschnittlich für übertrieben.

Die gleiche Tendenz zeigen Kantar-Umfragen für den SPIEGEL (DER SPIEGEL, 21/2020 vom 16.5.2020). Hingewiesen wurde auf einen beachtlichen Ost-West-Unterschied. Während in Ostdeutschland 76% die Maßnahmen „angemessen" und nur 13% „übertrieben" fanden, fanden in Westdeutschland 20% die staatlichen Maßnahmen „übertrieben" und 69% angemessen. Allerdings fanden im Westen 10% die Maßnahmen „nicht ausreichend", im Osten 8%.

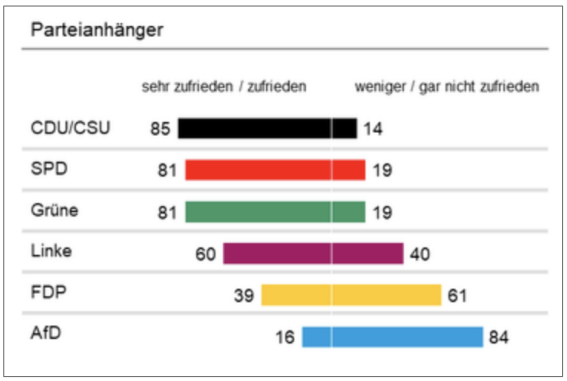
Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung

Die Zufriedenheit mit dem Pandemie-Management der Bundesregierung nahm allgemein von Anfang April bis Anfang Mai zwar ab, blieb insgesamt aber hoch. Die Anhänger von Union, SPD und Grünen bilden weiterhin den recht stabilen Kern der politischen Zustimmung zum Krisenmanagement der Bundesregierung. Unter den Anhängern der Linkspartei wächst die Unzufriedenheit, jedoch überwiegt – noch? - die Zufriedenheit. Unter den AfD-Anhängern hat die Unzufriedenheit noch stärker zugenommen. Die FDP-Anhänger sind mehrheitlich ins Lager der Unzufriedenen gekippt. Im Kontext der Befragungsergebnisse zu Einschränkungen vs. Lockerungen scheint die Annahme plausibel, dass sich die Unzufriedenheit mit dem Wunsch nach weitergehenden Lockerungen verbindet.

Anfang April 2020



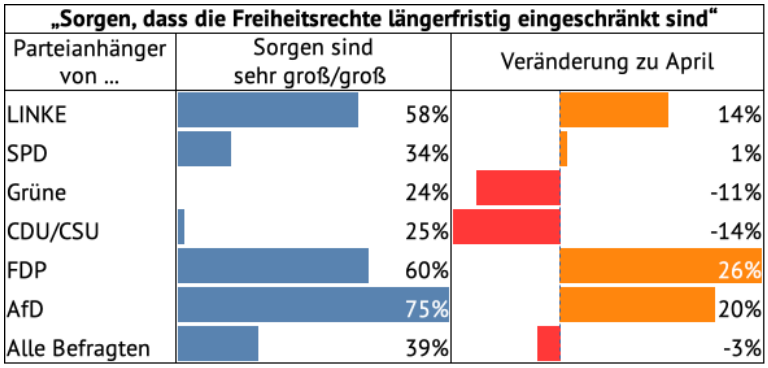
Anfang Mai 2020



Pandemie-Krisenmanagement und „Freiheitsrechte“

Die „Sorgen, dass Freiheitsrechte längerfristig eingeschränkt sind“ ist verbreitet. Im April sagten 15% der Befragten im *DeutschlandTrend*, dass die entsprechenden Sorgen „sehr groß“ seien, und 27%, sie seien „groß“ („weniger groß“: 38%, „klein“ 19% - die Option, „keine Sorgen“ war nicht vorgesehen). Mit den ersten Lockerungen nahm die Sorge leicht ab. Im Mai machten sich 14% „sehr große“ und 25% „große“ Sorgen und 23% nur noch „kleine“ Sorgen.

Die Durchschnittszahlen verbergen jedoch eine starke parteipolitisch gefärbte Polarisierung.



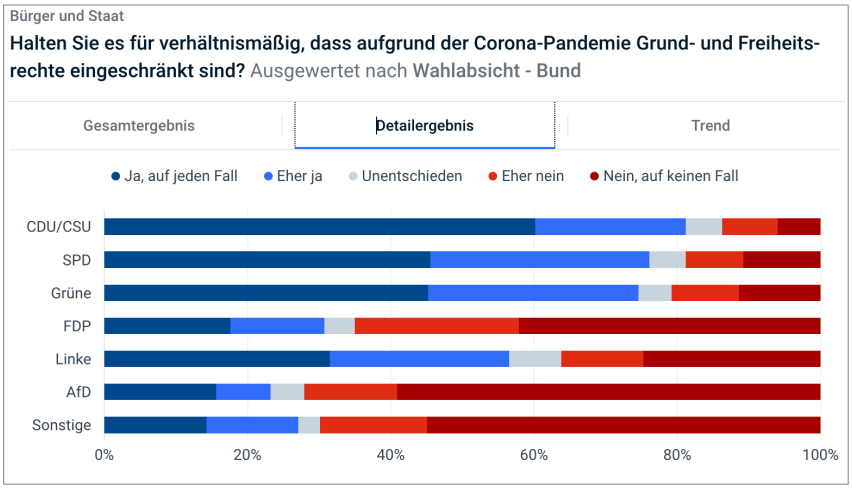
ARD-DeutschlandTrend, April und Mai 2020

Bereits Anfang April sorgten sich 55% der AfD-Anhänger um die „Freiheitsrechte“ und 44% der LINKE-Anhänger. Bei den anderen Parteien war der „Sorgen“-Anteil mit 33%-39% unterdurchschnittlich. Vier Wochen später hat sich das Bild verändert. Unter den Anhängern von Union und Grünen hat der Anteil der Besorgten auf ein Viertel abgenommen, bei der SPD gibt es kaum Veränderung, bei Linken und AfD ist der Prozentsatz gestiegen. Am frappierendsten ist der Stimmungswandel unter den FDP-Anhängern: Das Verhältnis von „sehr großen/großen“ Sorgen zu „weniger großen/kleinen“ Sorgen kippte von 34% zu 63% ins Gegenteil, zu 60% zu 40%. Um im Bild einer kippenden Stimmung zu bleiben: Unter den Anhängern der FDP, weniger ausgeprägt bei der LINKEN, kippte die Stimmung von mehrheitlich „weniger Sorgen/keine Sorgen“ ins Gegenteil, bei der AfD verstärkte sich das vorhandene Stimmungsbild. Die Anhänger der CDU/CSU und der Grünen, die größte Gruppe, waren allein dafür verantwortlich, dass im Gesamtbild aller Befragten der Anteil der Besorgten leicht zurück ging.

Bereits Anfang April fanden sich unter den Anhängern der FDP (6%), der Linkspartei (8%) und der AfD (17%) deutlich mehr Gegner der Kontaktbeschränkungen als unter den Anhängern der anderen Parteien.

Im *Politbarometer* vom 27.3.2020 hatten 89% der Befragten befunden, dass die Bundesregierung ihre Sache im Corona-Krisenmanagement „gut“ machen, darunter 91% der FDP-Anhänger. Skeptischer als der Durchschnitt waren schon damals die Anhänger Linkspartei (81%) und der AfD (70%).

Auch die *Online-Befragungen von Civey* liefern ein solches Bild: Die Anhänger von Union, Grünen und SPD als „stabiler Kern“ des aktuellen Krisenmanagements, die Anhänger von AfD und FDP als die entschiedensten Gegner und die Anhänger der Linken in der Mitte dazwischen, also als statistisches Artefakt hin- und hergerissen (Stand: 18.5.2020, 17:00)



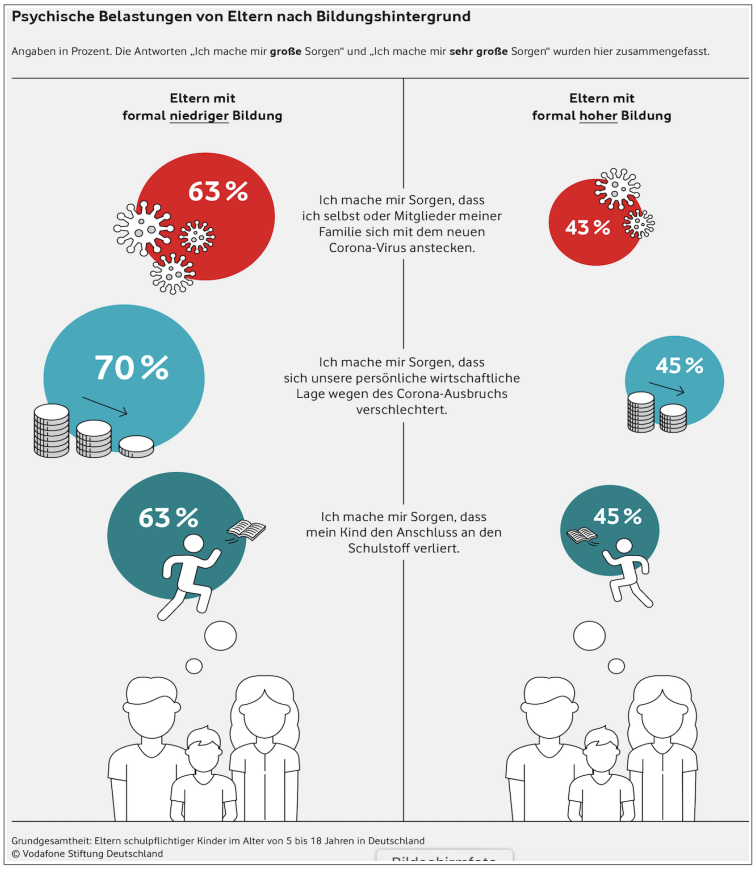
Entsprechend verteilen sich die Auffassungen zu den „Protesten gegen die staatliche Corona-Maßnahmen“. Laut *Politbarometer* vom 15. Mai finden 16% der Befragten die Proteste „gut“ und 81% „nicht gut“. Unter den Unions- und SPD-Anhängern finden nur 7% die Proteste „gut“, bei den Grünen 12%. Überdurchschnittliche positive Bewertungen gibt es unter den Anhängern der FDP (20%) und der Linkspartei (23%). Mehrheitliche Befürworter sind mit 61% die AfD-Anhänger.

Pandemie-Management und Schulen/Kitas

56% der Befragten im aktuellen *Politbarometer* verneinen, dass für das Unterrichten von Schülern genug getan werden, 32% sagen, es werde genug getan. Bei den Betreuungsmöglichkeiten in den Kitas sagen 55% „nein“ und 26% „ja“. Der Wiederöffnung der Schulen und Kitas wird von 46% der Befragten Priorität gegenüber anderen Bereichen eingeräumt. Hierfür gibt es vor allem drei Gründe: die Belastungen in der Alltagsorganisation, die mit dem „home schooling“ verbunden sind, die Folgen der Kontakteinschränkungen für die Kindern und die allgemeine Sorge um den Schul- und Bildungserfolg der Kinder. „Bildung“ ist in den vergangenen Jahren zur zentralen Arena geworden, in der um die zukünftige soziale Position des Nachwuchses gerungen wird. „Gute Bildung“ bzw. Benotungen gelten als Voraussetzung für sozialen Statuserhalt und sozialen Aufstieg. Entsprechend groß ist die Sorge um die Entwicklung der Kinder, was die Kita- und Schulschließungen jenseits der mit dem „home schooling“ verbundenen sozialen und psychischen Belastungen bedeuten wird.

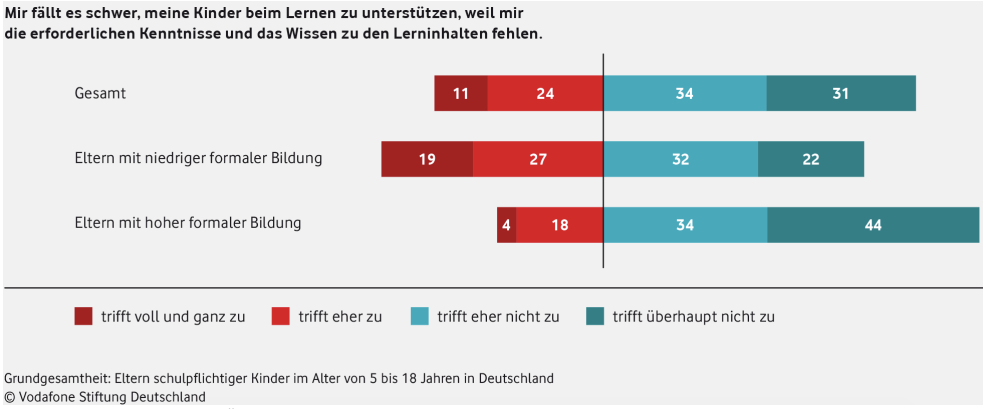
Im ARD-DeutschlandTrend vom Mai machten sich 23% der Befragten „sehr große Sorgen, dass Kindern wegen eingeschränkter Betreuungs- und Schulangebote in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden“, 40% „große“ Sorgen. Unter den Männern machten sich 57% sehr große und große Sorgen, unter Frauen 68%.

„Schulen und Kitas“ stehen zugleich für Belastungen in den Familien, die tiefergehender und weitreichender sind, bisher aber noch weitgehend unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung zu Veränderungen in der Stimmungslage führen (können).



Eine Erhebung von *Infratest dimap für die Vodafone-Stiftung-Deutschland* („Unter Druck") liefert erste Hinweise auf eine mögliche Verschärfung der sozialen Vererbung der sozialen Klassenlage. So machen sich Eltern mit niedriger formaler Bildung deutlich größere Sorgen um den Schulerfolg ihrer Kindern als Eltern mit höherer formaler Bildung – vermutlich nicht zuletzt, weil sie deutlich häufiger glauben, ihren Kindern keine Hilfe sein sein zu können.

Mit möglichen sozialen und psychischen Langzeitfolgen der Kontaktbeschränkungen und Schul- und Kita-Schließungen befasst sich auch eine Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI), über die die Süddeutsche Zeitung berichtet (18.5.2020 – http://sz.de/1.4910671).



(„Unter Druck" - https://www.vodafone-stiftung.de/umfrage-homeschooling-eltern/)

Eine Studie der Böckler-Stiftung untersucht ebenfalls sozialen und psychischen Belastungen im Zusammenleben mit Kindern und spricht von einem „Rollback in den Geschlechterrollen" (**Bettina Kohlrausch, Aline Zucco:** Corona trifft Frauen doppelt – weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit (pdf), WSI Policy Brief Nr. 40, Mai 2020 - https://www.boeckler.de/boeckler-impuls-ruckschritt-durch-corona-23586.htm)

Pandemie und andere „Bedrohungen der Menschen"

Die aktuelle Dominanz der Pandemie-Krise und ihrer Folgen in der öffentlichen, aber auch in der alltäglichen und persönlichen Wahrnehmung verstellt den Wahlberechtigten nicht den Blick auf andere Problemfelder der Zukunft. Gegenüber den Einschätzungen von Anfang Dezember 2019, was in den kommenden zehn Jahren zur größten Bedrohung der Menschen werden würde, gibt es Mitte Mai 2020 kaum Veränderungen bei Klimawandel (leicht stärker) und sozialer Ungleichheit (leicht

schwächer). Die häufigere Nennung von „Krankheiten/Epidemien“ geht vor allem zu Lasten von „bewaffnete Konflikte“ sowie „atomare Kriege“ und „Terrorismus“.

Was wird Ihrer Einschätzung nach in den nächsten zehn Jahren zur größten Bedrohung der Menschen?
Civey 18. Mai 2020, 20:00

	Gesamt		Nach Wahlabsicht Bund – Anhänger von …						
	02.12.19	18.05.20	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU/CSU	FDP	AfD	Andere
Bewaffnete Konflikte	15,3%	9,8%	9,2%	11,8%	5,1%	11,3%	15,8%	12,1%	9,1%
Atomare Kriege	3,4%	1,7%	2,4%	1,3%	0,7%	2,6%	1,3%	1,7%	1,5%
Terrorismus	14,3%	11,6%	3,1%	5,4%	5,1%	15,8%	19,5%	24,6%	9,6%
Globaler Klimawandel	33,4%	35,3%	38,3%	36,8%	66,2%	28,4%	16,7%	4,6%	22,3%
Soziale Ungleichheit	24,7%	22,3%	37,1%	30,0%	16,4%	16,9%	20,0%	26,8%	29,8%
Krankheiten/Epidemien	3,0%	12,1%	8,0%	11,3%	4,3%	17,2%	13,2%	13,8%	15,8%
Etwas anderes	4,2%	5,1%	1,3%	1,4%	1,3%	5,4%	9,9%	12,7%	9,6%
Weiß nicht	1,7%	2,1%	0,6%	2,0%	0,9%	2,4%	3,6%	3,7%	2,3%

Der hohe Stellenwert des Klimawandels spricht einerseits für gute Gelegenheiten, aktuelle ökonomische Kriseninterventionen und anschließende Konjunktur- und Investitionsprogramme mit Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen gegen und an den Klimawandel zu verbinden. Diese Auffassung hat sich bis weit ins Unternehmerlager verbreitet – siehe z.B. den Appell von 70 Unternehmen zum „Petersberger Dialog“ im April, der auf bereits getroffene Investitionsentscheidungen hindeutet. Andererseits, aus parteipolitischer Sicht, bleibt der „globale Klimawandel“ ein Feld, auf dem von den Anhängern aller anderen Parteien den Grünen große Kompetenz zugeschrieben wird. Besonders auffällig ist dies bei der Linkspartei und der SPD, unter deren Anhängern nur 25%-27% bzw. 21-23%% der eigenen Partei die größte Kompetenz in der Umwelt- und Klimapolitik zuweisen, aber 55% bzw. 60% den Grünen. Bei CDU, FDP und AfD sehen die eigenen Anhänger die relativ größte Kompetenz bei der eigenen Partei.

Welche Partei hat Ihrer Meinung nach die größte Kompetenz in der Umwelt- und Klimapolitik?
Civey 18. Mai 2020, 20:00

	Gesamt		Nach Wahlabsicht Bund – Anhänger von …						
	09.06.19	18.05.20	LINKE	SPD	GRÜNE	CDU/CSU	FDP	AfD	Andere
LINKE	2,9%	2,7%	**26,7%**	1,4%	0,8%	0,3%	2,3%	0,8%	1,4%
SPD	3,1%	3,7%	2,4%	**22,8%**	0,3%	0,9%	1,4%	0,1%	0,8%
GRÜNE	48,8%	41,4%	**54,4%**	**60,6%**	**94,0%**	35,1%	17,5%	4,8%	20,8%
CDU/CSU	11,4%	15,9%	2,0%	2,7%	1,6%	**42,2%**	14,0%	7,0%	4,6%
FDP	4,1%	4,0%	0,2%	0,3%	0,3%	1,8%	**43,2%**	3,9%	2,0%
AfD	8,5%	8,1%	0,5%	0,9%	0,7%	2,1%	3,6%	**58,9%**	6,0%
Andere	8,8%	6,2%	3,7%	1,6%	0,5%	3,5%	4,6%	8,5%	**39,3%**
Weiß nicht	12,4%	18,0%	10,1%	9,7%	1,8%	14,1%	13,4%	16,0%	25,1%

Zur Wahl des Vergleichszeitpunkts: Am 9.6.2019 wurde der höchste Wert für die Grünen ermittelt.

Die Anhänger der Grünen sehen bei anderen Parteien kaum Kompetenz in der Umwelt- und Klimapolitik. Der globale Klimawandel zählt zu den größten Problemen der Menschheit für die Anhänger von Linkspartei und SPD, die auf diesem Feld den Grünen die mit Abstand größte Kompetenz zuschreiben – kein gutes Vorzeichen für einen Klima-Wahlkampf. Das zweite große Thema, welches „links“ bewegt, ist das linke Kernthema „soziale Ungleichheit“. Auffällig ist des weiteren, dass „äußere Bedrohungen“ wie bewaffnete Konflikte, Terrorismus und Epidemien „rechts“ eine deutlich größere Bedeutung einnehmen als im linken politischen Feld.

Kurze Bewertung

1. Knapp die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung, Repräsentativität der Umfragen gesetzt, sieht in der Pandemie eine Gefahr für die eigene Gesundheit oder die Gesundheit von Familienmitgliedern. Der Anteil derjenigen, die die Maßnahmen „übertrieben" finden, ist deutlich niedriger als der von Personen, die ihre Gesundheit nicht bedroht sehen. Der Anteil derjenigen, die die staatliche Maßnahmen „angemessen" oder „zu schwach" finden, ist indes deutlich größer. Hierin liegt ein großes Potential für die weitere demokratische Krisenbewältigung, die auf Kommunikation und Überzeugung, Transparenz und Vorbehalt gegenüber dem bisher begrenzten Wissen über das Virus setzt.

2. Zwar werden die wirtschaftlichen Aussichten pessimistisch beurteilt – die Jahre der optimistischen Erwartungen schienen ohnehin zu Ende zu gehen – jedoch schlägt sich das bisher nur begrenzt in einer negativen Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage nieder. Das spricht für (ein hohes Vertrauen in) die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen und das staatliche Schutzversprechen – auch wenn mit einem längeren Verlauf der Pandemie oder gar einer zweiten Welle gerechnet wird. Diese dominierende Grundstimmung – die Gefahr ist noch nicht beseitigt - steht im Gegensatz zum Maß der medialen Aufmerksamkeit für die „Corona-Proteste". Sie ist andererseits auch nicht blind gegenüber den wirtschaftlichen Nöten bestimmter Branchen. Jedoch: Die enttäuschten Umsatz-Erwartungen des Einzelhandels nach der Wiederöffnung wie auch jetzt der Restaurant-Betriebe spricht dafür, dass die Kompensation wirtschaftlicher Notlagen als eine Angelegenheit des Staates und nicht in erster Linie des eigenen Konsumverhaltens gesehen wird. Die Binnennachfrage könnte mithin über einen längeren Zeitraum hinter den Erwartungen zurückbleiben, und zwar nicht (nur) wegen fehlender Kaufkraft, sondern eben weil die Gefahr noch nicht als beseitigt gilt, viele mit einer „zweiten Welle" rechnen und Vorsicht auch das Konsumverhalten prägt.

3. Die relativ gute Bewertung der persönlichen wirtschaftlichen Situation – in der „größten Rezession seit Kriegsende"! - lässt offensichtlich Raum für andere Besorgnisse, zuvörderst diejenige um die Kinder (und Enkel). Aber auch andere Themen wie Klimawandel und soziale Ungleichheit sind in den Köpfen weiterhin präsent und weder von der Sorge um die Gesundheit noch um die wirtschaftliche Existenz verdrängt. Selbstverständlich kann sich das ändern, wenn sich die wirtschaftliche Krise zu Massenentlassungen und massenhafter wirtschaftlicher Not verdichtet. Einen Weg aus der Rezession aufzuzeigen und zu beschreiten als Weg, der bessere Vorsorge vor der nächsten Pandemie mit nachhaltigen Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels und Anpassung an seine Folgen unter Verringerung sozialer Ungleichheit aus dem linken politischen Feld heraus verbindet, erscheint als eine naheliegende strategische Option.

4. Das Krisenmanagement von Bund und Ländern wird im wesentlichen getragen von den Anhängern der „Kenia"-Parteien CDU/CSU, Grüne und SPD. Die Anhänger der linken und rechten Opposition stehen diesen Maßnahmen weitaus skeptischer und teilweise ablehnend gegenüber. Auch das Verständnis für die „Corona-Proteste" ist hier weitaus größer. Bei FDP- und AfD-Anhängern mag dies naheliegend sein, weil sie die Neuartigkeit des Corona-Virus leugnen und auch in anderen Zusammenhängen einen Freiheitsbegriff in Anschlag bringen, der sich generell gegen staatliche Regeln und Verbote/Gebote richtet (solche, die einem nicht passen), also die Freiheit beinhaltet, andere zu infizieren. Einen solchen Freiheitsbegriff vertritt die Linkspartei indes nicht. Gleichwohl findet gut die Hälfte der Linken-Anhänger, dass es Zeit für weitere Lockerungen sei, entgegen der auf weitere Eindämmung gerichteten Position der Parteiführung, und mehr als ein Fünftel findet die „Corona-Proteste" gut, da eine Gefahr für die Freiheits- und Grundrechte gesehen wird.

5. Die weitere Dynamik der „Corona-Proteste" wird womöglich von Faktoren abhängen wie
- der Sommer(urlaub) - Reisefreiheit - stattfinden kann und verläuft;
- sich die wirtschaftliche Situation entwickelt;
- die Zahl der Infizierten (in Deutschland) abnimmt oder steigt, ob es eine „zweite Welle" gibt;

- wie die Aufarbeitung des bisherigen Krisenmanagements erfolgt und inwieweit dabei Vertrauen in des weitere Krisenmanagement generiert werden kann (wobei es aus emanzipatorischer Sicht falsch wäre, „der Politik“ vorzuwerfen, zu früh, zu spät usw. „reagiert“ zu haben, vielmehr müsste gefragt werden, ob man auf dem jeweiligen Wissensstand anders gehandelt hätte). Vor allem vom letzten Punkt wird abhängen, ob der AfD die Möglichkeit entsteht, ihr Potential zu erweitern.

6. Vereinzelte Studien, so die oben erwähnten, zeigen ein hohes Maß an Stress, unter dem das Alltagsleben steht, gerade in Haushalten mit Kindern. Dieser Stress betrifft die Beschulung und Betreuung von Kindern, den eigenen Beruf und die eigene soziale Rolle (als Frau/Mann, Mutter/Vater). Wenn auch noch nicht auf verlässlicher empirischer Grundlage, so doch mit hinreichender Plausibilität wird gewarnt vor sozialen psychologischen Langzeitfolgen, für wachsender Bildungsungleichheit infolge sozialer Ungleichheit und vor einem Rollback in Geschlechterfragen (was auch „nur“ schlicht ein „stummes“ Rollback sein kann, weil Frauen eher die anstehenden Aufgaben übernehmen, den geringeren Verdienst zum Haushaltseinkommen beitragen usw.). Was hier an unterschwelligen Stimmungen entsteht, die durch die routinierten Umfragen noch gar nicht abgebildet werden, bleibt unbedingt zu beobachten.

7. Die wirtschaftliche Krise trifft bisher vor allem kleine und Solo-Selbstständige im Kultur- und Konsumsektor (Handel, Gastronomie, Touristik), die verlorene Umsätze nicht nachholen können. Wie sie mittel- und langfristig die staatlichen Maßnahmen bewerten, was bei ihnen ankommt und wie sie mit anhaltender wirtschaftlicher Bedrängnis, wenn nicht wirtschaftlicher Existenzvernichtung auch politisch umgehen, ist noch weitgehend unabsehbar.